

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

36. Jahrgang / 160

23. August 1983

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, ist der Überzeugung, daß die jüngste Bonner Propagandaoffensive die Argumentationsdefensive nicht ausgleichen wird: BPA-Rohrkreplerer.

Seite 1

Rudolf Schieler MdEP stellt fest, daß die Kohl-Regierung in der EG-Grenzpolitik unglaublich ist: Zimmermanns Wende.

Seite 3

Dietrich Sperling MdB beschreibt die christlich-liberale Umverteilungspolitik: Das Geld der Mieter verkonsumieren eben jetzt die Vermieter.

Seite 5

### Dokumentation

Der Maßnahmenvermerk des Bundespresseamtes für die Sicherheits-Werbekampagne der Bundesregierung: "Notwendig ist die Einrichtung eines Frühwarnsystems".

Seite 6

### BPA-Rohrkreplerer

Die Propagandaoffensive wird die Argumentationsdefensive nicht ausgleichen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Mit sachlichem Informationsmaterial, in dem auch die im Bundestag und in der breiten Öffentlichkeit diskutierten gegensätzlichen Vorschläge und Argumente gleichberechtigt neben den von der Bundesregierung vertretenen Positionen selber zu Wort käme, könnte die Bundesregierung zu einer rationalen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen sicherheits- und abrüstungspolitischen Konzeptionen beitragen. Was von den Planungen für die Kampagne für die Sicherheitspolitik der Bundesregierung bisher bekannt geworden ist, ist das Gegenteil der Absicht zur sachlichen Information: nämlich einseitige Propaganda für die unstrittenen Positionen der Bundesregierung.

Diese Kampagne wird deshalb zu einem Rohrkreplerer werden. Das Mißtrauen gegenüber einer Bundesregierung, die mit solchen Methoden für ihre Auffassungen wirbt, wird weiter wachsen. Diese geplante Propagandaoffensive wird die vorhandene Defensive in der Argumentation nicht ausgleichen können.



Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist nicht zu erwarten, daß die Mehrheit der Journalisten in Presse, Rundfunk und Fernsehen sich durch die Kampagne der Bundesregierung einschüchtern oder durch die direkten oder indirekten finanziellen Zuwendungen der Bundesregierung von ihren Überzeugungen abbringen lassen würden. Würden die Journalisten anders auf diese Kampagne der Bundesregierung reagieren, so würden sie einen dauerhaften Vertrauensverlust ihrer Leser, Hörer und Zuschauer provozieren.

Ebenso werden auch die großen gesellschaftlichen Organisationen, wie die Kirchen, die Gewerkschaften und die Jugendorganisationen und selbstverständlich die zahlreichen Gruppierungen, die sich regional und bundesweit zur Friedensbewegung zählen, auf die Absicht der Bundesregierung mit Unmut und Abwehr reagieren. Auch in der Bundeswehr wird solche Form der Öffentlichkeitsarbeit über sicherheitspolitische Fragen auf Skepsis stoßen.

Die Bundesregierung hat mit der von ihr geplanten Öffentlichkeitskampagne zur Sicherheitspolitik sich einen schlechten Dienst erwiesen; Das wäre noch zu ertragen. Aber sie ist auch dabei, eine große Chance für eine einer pluralistischen Demokratie würdigen kontroversen Debatte über Grundlagen der Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu verspielen; Und das ist ein Schaden für die Demokratie insgesamt.

(-/23.8.1983/bgy/ca)

+                    +                    +



Zimmermanns Wende  
-----

**Die Kohl-Regierung ist in der EG-Grenzpolitik unglaubwürdig**

Von Dr. Rudolf Schieler MdEP

**EP-Berichterstatteur zur Frage des Abbaus der Grenzkontrollen**

Der Plan der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Absicht, einen fälschungssicheren Ausweis einzuführen, führt nicht nur zur Möglichkeit der unauffälligen Observierung von Personen - unabhängig davon, ob diese nun verdächtig sind oder nicht, er leitet auf diese Weise auch die totale Überwachung des Bundesbürgers ein und widerspricht den erklärten Absichten des Europäischen Parlaments.

Bundesminister Zimmermann wirbt zwar beim Bürger für die Vorzüge des fälschungssicheren Personalausweises mit dem Hinweis auf eine flottere Abfertigung an den Grenzen der Bundesrepublik, doch hebt er zugleich hervor, daß mit dem neuen Personalausweis wesentlich intensivere und systematischere Kontrollen an den Grenzen möglich würden.

Schon jetzt ist an den Grenzen die Zahl der Computerterminals von 25 auf 2.300 gestiegen. Es ist offenbar, daß eine lückenlose Kontrolle in perfektionistischer Weise angestrebt wird. Die vorbereitenden Maßnahmen stehen aber dem Beschluß des Europäischen Parlaments vom Juni 1983 diametral entgegen. Das Europäische Parlament hat auf der Grundlage meines Berichtes beschlossen, die systematischen Grenzkontrollen aufzuheben, um auf diesem Wege zu der in den Römischen Verträgen vereinbarten Freizügigkeit der Bürger zu gelangen.

Weiter behauptet die Bundesregierung, die Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises werde die Terroristenfahndung erleichtern. Auch dieses "Argument" hat das Europäische Parlament eindeutig zurückgewiesen. Die Beibehaltung der Grenzkontrollen ist gerade im Hinblick auf die Terroristenfahndung erfahrungsgemäß ineffektiv.

Es steht im übrigen fest, daß sich allein die Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft mit der Einführung des fälschungssicheren Ausweises befaßt. Es gibt



kein anderes EG-Mitgliedsland, das zur Zeit an diesem Projekt arbeitet. Die Ankündigung der Bundesregierung, auch in dem ab 1. Januar 1985 einzuführenden Europa-Paß eine fälschungssichere Seite einzuarbeiten, widerspricht den Vereinbarungen über den Europa-Paß. Darüber hinaus ist die Einführung des computergeeigneten Ausweises mit der sicheren Folge der lückenlosen Grenzkontrolle ein Widerspruch zum EG-Vertrag, wonach die Erreichung der Freizügigkeit der EG-Bürger innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eines der obersten Ziele ist.

Das Verhalten der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Personalausweises steht auch im Widerspruch zu dem starken Engagement des deutschen EG-Kommissars Karl-Heinz Narjes. Dieser CDU-Politiker hat sich bei den Beratungen des Europäischen Parlaments nachdrücklich für die Abschaffung der systematischen Personenkontrollen an den Grenzen der EG eingesetzt und die entsprechende Entscheidung des Europa-Parlaments ausdrücklich begrüßt.

Es war im Parlament davon die Rede, daß die Bundesregierung noch während der damals bestehenden Ratspräsidentschaft sich für die Abschaffung der systematischen Personenkontrollen einsetzen werde und eine Einigung beim EG-Gipfel in Stuttgart versuchen wolle. Realität ist jedoch:

Die Bundesregierung verkündet lediglich fortwährend ihr Interesse für ein geeintes Europa. In der EG-Grenzpolitik hat Herr Zimmermann jedoch ein elegantes Wendemanöver vollzogen und damit die gesamte Europapolitik der Bundesregierung unglaubwürdig gemacht.

(-/23.8.1983/v0-he/ca)

+

+

+



**Christlich-liberale Umverteilungspolitik**  
-----

**Das Geld der Mieter verkonsumieren eben jetzt die Vermieter**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Mieten steigen seit der Änderung des Mietrechtes durch die christlich liberale Koalition weit stärker als die Lebenshaltungskosten.

Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sind rückläufig.

Dies bedeutet: Die Mieterhaushalte müssen einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für die Miete und ihre Nebenkosten aufwenden. Dafür muß an anderen Stellen gespart werden.

Nach einer Untersuchung des Ifo-Institutes werden durch diese erzwungenen Einsparungen erhebliche Ausfälle an Umsatz in ganz anderen jedoch arbeitsintensiven Dienstleistungs- und Produktionsbereichen entstehen.

Diese Folge ist für die Volkswirtschaft und die Beschäftigungslage schädlich.

Sie soll - so die Argumentation der Bundesregierung - dadurch mehr als ausgeglichen werden, daß die Vermieter ihre höheren Einnahmen wieder im Wohnungsbau investieren und damit neue Beschäftigung und neues Einkommen schaffen.

Diese Argumentation wird langsam - aus Einsicht? - aufgegeben. Der Bundeswirtschaftsminister gesteht ein, daß die Verwendung der Zusatzeinnahmen der Vermieter "schwer abzuschätzen ist" - mithin der Mietrechtsänderung die argumentative Grundlage entzogen ist. Aber er hat einen Trost:

Wenn die erhöhten Mieten schon nicht zu mehr Investitionen führen, so führen sie doch zu mehr Konsumausgaben der Vermieter.

Was die Mieter nicht mehr ausgeben können, geben dann halt die Vermieter aus!

Dies ist christlich-liberale Umverteilungspolitik: Von unten nach oben.  
(-/23.8.1983/ks/ca)

+ + +



## D O K U M E N T A T I O N

Zu der von Regierungssprecher Sudoff angekündigten Werbekampagne für die Sicherheitspolitik der Bundesregierung dokumentieren wir im folgenden den Maßnahmen-Vermerk des Bundespresseamtes im Wortlaut:

"Notwendig ist die Einrichtung eines Frühwarnsystems"  
-----

### V. Geplante Maßnahmen \*\*\*\*\*

#### A. Printmedien

Da das vorhandene Informationsmaterial nicht ausreicht, muß unverzüglich neues Informationsmaterial - auch zielgruppenorientiert hergestellt werden.

##### 1.) Anzeigen

Es wird vorgeschlagen, aus heutiger Sicht und vorbehaltlich der aktuellen Entwicklung 3 - 5 Anzeigen bis in die Regionalpresse (wie vor Weihnachten 1982) zu schalten.

Unter dem Oberbegriff "Friede braucht Sicherheit" behandeln die Anzeigen:

- Philosophie des Doppelbeschlusses
- sicherheitspolitische Lage
- Recht auf Widerstand
- ethisch-moralische Begründung des Doppelbeschlusses
- europäische Dimension des Doppelbeschlusses

Die Anzeigen sind so zu schalten, daß sie noch vor der angekündigten Aktionswoche (15. - 22.10.) erscheinen.

In den Anzeigen wird mit Coupons auf die Möglichkeit hingewiesen, beim BPA zusätzliches Informationsmaterial anzufordern.

##### 2.) Politik

Die Zeitschrift Politik wird verstärkt in ihren regelmäßigen Ausgaben sicherheitspolitische Themen behandeln.

Für Anfang/Mitte Oktober ist eine Sonderausgabe geplant, die in einer Auflage von 17 Millionen den Wochenendausgaben der Tageszeitungen beigelegt werden soll.

##### 3.) Falthblatt

Für Anfang September ist in einer Auflage von mindestens 1 Mio. ein zweiseitiges Falthblatt geplant, das wie in Form eines Plakates wesentliche Argumente enthält. Es ist so zu gestalten, daß Vorder- und Rückseite ein Kleinpaket z.B. in Schaukästen bilden.

##### 4. Argumentationskatalog

In Zusammenarbeit mit den Ressorts ist ein Argumentationskatalog zu erarbeiten, der stichwortartig "Es wird behauptet, daß... - Wahr ist..." die wesentlichen Begriffe darstellt. Der Katalog kann als Loseblattsammlung regelmäßig fortgeschrieben werden, wodurch auch der Abstimmungsprozeß vereinfacht werden kann.



Der Katalog soll in großer Auflage den Multiplikatoren in Parteien und Verbänden zur Verfügung gestellt werden.

#### 5.) Jahresabrüstungsbericht 1983

Der dem Parlament zugeleitete Jahresabrüstungsbericht soll in einer Auflage von 250.000 gedruckt werden. Er enthält ein ausführliches Vorwort (Verfasser z.B. Botschafter Dr. Ruth), das die Gesamtthematik behandelt.

Eine zweite Auflage ist vorzusehen.

#### 6.) Handreichung für (lokal) Journalisten

Hierzu liegt ein detailliertes Angebot der Standortpresse vor.

#### 7.) Chefredakteurspapiere

Geplant sind weitere Chefredakteurspapiere zum "Stand der INF-Verhandlungen", "Zählkriterien bei Raketen und Waffen" und "Sowjetische Militärdoktrin". 1983 sind bislang folgende Themen behandelt worden:

- Studie über den Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz (No first use)
- Stand der Verhandlungen über nukleare Mittelstreckensysteme in Genf (INF)
- Von der NATO zusammengestellte Studie über Militärausgaben der Sowjetunion (70 - 81) und Aussichten bis 1990
- Desinformation (sowjetische Propagandaaktionen)

#### 8.) Herstellung eines Aufklebers

Geplant ist ein Aufkleber "Frieden braucht Sicherheit" in Millionenaufgabe, um auch optisch den Gegnern der Regierungspolitik entgegenzutreten.

### B. Tagungen und Gespräche

#### 1.) Symposien

Zwei Symposien zum Thema "Gewalt und Widerstand" sind in Vorbereitung. Angestrebt wird ein möglichst umfassendes Medienecho, das die Thematik breit streut.

#### 2.) Gespräche des Bundeskanzlers

Vorgeschlagen werden Gespräche des Bundeskanzlers mit

- Intendanten und Chefredakteuren
- Vertretern der Kirchen
- Vorsitzenden der Gewerkschaften
- Jugendpresseclub

Diese Gespräche sind fortzusetzen durch Minister, Staatssekretäre u.a. mit Vertretern der genannten Zielgruppen im gesamten Bundesgebiet.



In diesem Zusammenhang sind bereits geplant vom Auswärtigen Amt drei Seminare von Botschafter Dr. Ruth für MdB's und Hintergrundgespräche mit Journalisten, vom Bundesministerium der Verteidigung 2 Redaktionsbesuche des Ministers im Juli, P Sts ein Pressegespräch mit Landespressekonferenz Schleswig-Holstein im August, Leiter IPStab ein Pressegespräch mit Landespressekonferenz Baden-Württemberg.

### 3.) Fachtagungen (s. III.4)

Die im BPA von den Fachreferaten für bestimmte Zielgruppen geplanten Fachtagungen werden verstärkt sicherheitspolitische Themen behandeln.

### C. Fernsehen

Die Fernseh- und Rundfunkanstalten laden zunehmend die gleichen Personen überwiegend aus dem Lager der Gegner der Regierungspolitik ein. Die Programme sind dementsprechend einseitig. Auf allen verfügbaren Kontaktebenen ist deshalb anzustreben, daß auch Regierungsvertreter und die Regierungsmeinung vertretende Personen eingeladen werden. Notwendig ist die Einrichtung eines

- Frühwarnsystems,

das rechtzeitig über die Programmplanung unterrichtet, damit entsprechende Teilnehmer für Diskussionen angeboten werden können.

### Ankauf einer Fernsehdokumentation

Das BPA ist z.Zt. im Gespräch mit dem Produzenten der Fernsehdokumentation "Stationierungsjahr 1983" (Peter Stalsch). Bei entsprechenden Vereinbarungen könnte der Film, eventuell gekürzt, auf Video-Kassetten überspielt und in großen Stückzahlen nicht-kommerziell eingesetzt werden.

### Produktion eines Filmes zur Sicherheitspolitik

III A wird entsprechende Verhandlungen einleiten.

(-/23.8.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

